

Date: 03.10.2017

Freiburger Nachrichten



Immer weniger abhängig vom Bund

Die Freiburger Finanzdirektion präsentiert ein ausgeglichenes Staatsbudget 2018. Sie rechnet mit rund 30 Millionen Franken Mehreinnahmen bei den Steuern, so dass der stete Rückgang aus dem interkantonalen Finanzausgleich kompensiert werden kann.



Finanzdirektor Georges Godel (CVP) will 2018 die Digitalisierung der Verwaltung und den öffentlichen Verkehr vorantreiben. Bild: Corinne Aeberhard

Urs Haenni

FREIBURG 485 Millionen Franken hatte der Kanton Freiburg vor sechs Jahren aus dem interkantonalen Finanzausgleich des Bundes erhalten. Für das Staatsbudget 2018 rechnet die Finanzdirektion noch mit 387 Millionen Franken. Doch der Kanton kann diesen Einnahmerückgang von 100 Millionen Franken mit eigenen Mitteln ausgleichen. In der gleichen Zeitspanne hat er nämlich seine Steuereinnahmen um über

200 Millionen Franken gesteigert. Der Anteil der Geberkantonale am Freiburger Gesamtertrag ist von über 15 auf 11 Prozent zurückgegangen.

Für den Voranschlag 2018 rechnet die Finanzdirektion mit 1,337 Milliarden Franken Steuereinnahmen; rund 30 Millionen Franken mehr als im Budget 2017. Vor allem dank der steigenden Steuereinnahmen konnte Staatsrat Georges Godel (CVP) gestern an einer

Medienkonferenz ein ausgeglichenes Ergebnis für den Voranschlag präsentieren. Bei erwarteten Einnahmen und Ausgaben von erstmals knapp über 3,5 Milliarden Franken sieht er einen Ertragsüberschuss von 200 000 Franken vor.

Steuererleichterungen beendet

«Das Budget 2018 stimmt den Staatsrat recht optimistisch. Es enthält die strategischen Stossrichtungen der Regierung und

widerspiegelt die positive Entwicklung, dass Freiburg sich immer mehr auf eigene Mittel stützen kann», sagte Godel. Das Budget erlaubt auch eine Steigerung der Investitionen auf mehr als 200 Millionen Franken im nächsten Jahr (Text unten): Einen Schwerpunkt setzt der Staatsrat bei der Umsetzung der Digitalisierung und beim Ausbau der Mobilität.

Die deutlich höheren Steuererträge, mit denen der Staatsrat für das nächste Jahr rechnet, betreffen zum grössten Teil die Gewinnsteuern von Firmen. Von den erwarteten 30 Millionen Franken Mehreinnahmen machen die Unternehmenssteuern 17 Millionen Franken aus. «Bei einigen Unternehmen laufen die bisher gewährten Steuererleichterungen Ende 2017 aus», so Godel. Er kündigte auch an, dass in den nächsten Jahren weitere Steuererleichterungen von Unternehmen zu Ende gehen.

Im vergangenen Jahr waren es noch hauptsächlich die Einkommenssteuern von natürlichen Personen gewesen, die für eine Erhöhung um über sechs Prozent gesorgt hatten. «Damals profitierten wir von einigen Spezialfällen», so Godel.

Steigerung um 1,5 Prozent

Gesamthaft steigen die Einnahmen und Ausgaben im Voranschlag 2018 um je 1,5 Prozent. Das ist weniger als vor einem Jahr, als vor allem die Aufhebung der Sparmassnahmen beim Staatspersonal für einen Anstieg sorgte.

Auch in diesem Jahr hat der Staatsrat das Budgetvolumen gegenüber den ersten Anträgen der Dienststellen um über 200 Millionen Franken reduziert. An der gestrigen Me-

dienkonferenz gewann man den Eindruck, dass dies dem Staatsrat dieses Jahr leichter gefallen ist als in vergangenen Jahren. «Im Voranschlag 2018 werden die Rückstellungen weniger beansprucht als im Vorjahr», sagte Godel. Auch budgetiert der Staatsrat beispielsweise keinen Ertrag aus dem Gewinn der Nationalbank, obwohl ein solcher erneut zu erwarten ist. Stattdessen hat der Kanton aus den Geldern der Nationalbank eine Reserve angelegt, von der er jährlich 25 Millionen Franken ins Budget einfliessen lässt.

Mehr Personal

Gegenüber dem Budget 2017 sieht der Staatsrat eine Erhöhung des Personalbestandes um 90 Vollzeitäquivalente vor, 70 davon im Unterrichtswesen. Dazu gehören auch Stellen für den Master in Humanmedizin. Insgesamt wird die Lohnsumme um 25 Millionen Franken ansteigen, wovon 10 Millionen Franken auf den Lohnstufenanstieg zurückzuführen sind.

Kontinuierlich steigt auch im nächsten Jahr die Höhe der Subventionen an. Sie machen fast die Hälfte des Gesamtaufwandes aus. Allerdings fliessen mehr Subventionsgelder vom Bund zurück an den Kanton: in erster Linie Zahlungen für Krankenkassenprämien sowie Sozialhilfe für Asylbewerber und Flüchtlinge. Unter dem Strich machen die Netto-Subventionen noch 36,3 Prozent vom Gesamtaufwand aus. 2013 hatte der Kanton die gesetzlich erlaubte Subventionsquote von 41 Prozent noch überschritten.

Strikt bei HFR und Steuern:

Keine Berücksichtigung im Budget 2018 fanden Forderun-

gen nach Steuererklärungen, wie sie Grossräte in mehreren Vorstössen gefordert hatten. Auch der Ruf des Freiburger Spitals HFR nach mehr staatlichen Leistungen bei der Deckung der Spalkosten fand keinen Niederschlag im Budget. Beide Anliegen könnten im Regierungsprogramm und im Finanzplan für die laufende Legislatur berücksichtigt werden, die der Staatsrat im November präsentieren will.

Zahlen und Fakten

Schwarze Zahlen sind Pflicht

Der Voranschlag 2018 des Kantons Freiburg sieht einen Ertrag von 3508 Millionen und Ausgaben von 3507,8 Millionen Franken vor. Daraus resultiert ein Ertragsüberschuss von 200 000 Franken. Für 2017 war ein Gewinn von 500 000 Franken budgetiert worden. Die Verfassung verlangt ein ausgeglichenes Budget. Die Einnahmen und Ausgaben steigen gegenüber 2017 um je 1,5 Prozent. Bei den Einnahmen stammen 1,337 Milliarden Franken von den Steuern und 1,658 Millionen von Transfererträgen. Bei den Ausgaben belaufen sich der Personalaufwand auf 1,279 Milliarden Franken und die Subventionen auf 1,675 Milliarden. Das Budget sieht 207,1 Millionen Franken Bruttoinvestitionen vor; der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 57,7 Prozent. *uh*

Reaktionen

Besorgt über Steueraufkommen der natürlichen Personen

+ In Stellungnahmen zeigten sich gestern politische Parteien vordergründig erfreut über die positiven Aussichten des Freiburger Staatsbudgets 2018. Die CVP äussert ihre Zufriedenheit darüber, dass die Ausgaben unter Kontrolle sind, obwohl 2018 zahlreiche Stellen vor allem im Bildungswesen geschaffen werden. Auch begrüsst sie das Investitionsvolumen von 207 Millionen Franken. Die CVP macht aber darauf aufmerksam, dass die Ein-

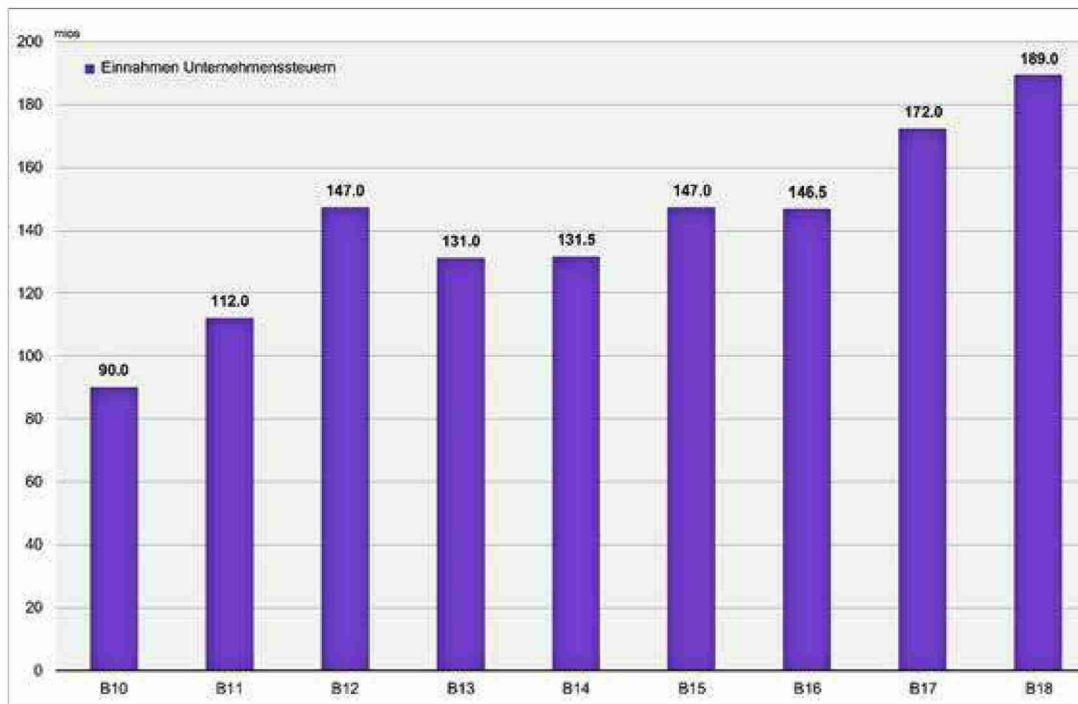
kommenssteuern der natürlichen Personen stagnieren. Es brauche noch mehr strukturelle Einsparungen, um die Ausgaben zu beschränken.

Auch die SP stellt fest, dass die Zunahme der Steuereinnahmen hauptsächlich auf die Unternehmen zurückzuführen ist. Hingegen seien die Einkommenssteuern der natürlichen Personen leicht rückläufig. Die wirtschaftliche Entwicklung und das tiefe Durchschnittseinkommen seien be-

sorgniserregend, so die SP. Sie verlangt, dass die geplanten Investitionen tatsächlich getätigt werden, um die Entwicklung des Kantons voranzutreiben.

Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass das Staatspersonal verantwortlich sei für die gute Finanzsituation. Sowohl der Verband der Staatsangestellten als auch der Verband des Personals öffentlicher Dienste verlangen noch mehr neue Stellen und eine Realloohnerhöhung. Und sie fordern vom Kanton eine Finanzspritze für das Freiburger Spital. *uh*

Immer mehr Erträge aus der Wirtschaft



Die Erträge aus den Unternehmenssteuern haben in diesem Jahrzehnt kontinuierlich zugenommen. 2012 hat der Kanton die Einnahmen optimistischer budgetiert, als es die Regel ist, erklärt die Finanzdirektion.

Grafik zvg

Der Staatsrat baut das Investitionsvolumen markant aus

Mit Ausgaben von 207 Millionen Franken sind die für 2018 vorgesehenen Investitionen so hoch wie nie in den letzten Jahren.

FREIBURG «Das Investitionsbudget betrug in den letzten Jahren nie über 200 Millionen Franken», sagte Staatsschatzverwalter Laurent Yerly gestern bei der Präsentation des Vorschlags. Von 2012 bis 2016 betragen die Bruttoinvestitionen im Schnitt 169 Millionen Franken; für 2018 sollen es rund 40 Millionen mehr sein. Wie er sagte, liegen neue Schwerpunkte bei der Digitalisierung der Verwaltung sowie beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Bei der Informatik wird der zu investierende Betrag auf

29 Millionen Franken nahezu verdoppelt. Im Zentrum steht die Eröffnung des E-Government-Schalters. Beim öffentlichen Regionalverkehr will der Kanton mit 41 Millionen Franken 4 Millionen mehr investieren als im Budget 2017.

Grösste Posten im Investitionsbudget sind jedoch zum Teil bereits bewilligte Bauvorhaben. So sind 2018 insgesamt 41,7 Millionen Franken für den Bau und Ausbau von Kantons- und Hauptstrassen vorgesehen. Auch investiert der Kanton 2018 in den Bau zahlreicher Gebäude. Alleine für das Gebäude der Hochschule für Gesundheit sind 25 Millionen vorgesehen. Weiter werden an der Universität 9 Millionen, beim Lager Schwarzsee 5,2 Millionen, beim Landwirt-

schaftlichen Institut Grange-neuve 3,6 Millionen und beim Kollegium Heilig Kreuz 3 Millionen Franken verbaut. Dazu kommen Investitionen für die Agroscope-Gebäude, Schlösser, das Rathaus, die Kathedrale, das Polizeigebäude sowie Liegenschaften. Weiter beteiligt sich der Kanton zum Teil in zweistelliger Millionenhöhe an Bodenverbesserungen, Energie- und Gewässerprojekten sowie Schulhäusern.

Finanzdirektor Georges Godel bekannte, dass in den letzten Jahren die budgetierten Beträge oft nicht in Anspruch genommen wurden. Er hofft, dass dies 2018 anders sei, hielt aber auch fest, dass Verzögerungen häufig auf Faktoren zurückzuführen sind, auf die der Staat keinen Einfluss habe. *uh*